

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS — Drucksache 13/840 —

Die rechtsradikalen „Republikaner“ nach dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 in Sindelfingen

Auf dem Bundesparteitag der „Republikaner“ am 17./18. Dezember 1994 wurde deren langjähriger Bundesvorsitzender Franz Schönhuber abgesetzt. Abgeschlossen wurde damit ein Konflikt innerhalb dieser Partei, der sich um das Abkommen zwischen Franz Schönhuber und dem Bundesvorsitzenden der DVU, Dr. Gerhard Frey, entzündet hatte.

Innerhalb der „Republikaner“ hatte es bis zu den Bundestagswahlen ein Stillhalteabkommen zwischen Franz Schönhuber und seinen Anhängern und dem Schlierer-Flügel gegeben. Diese Übereinkunft sollte dazu dienen, die Auseinandersetzung innerhalb der Partei nicht eskalieren zu lassen und vor allem die Themen der Auseinandersetzung nicht nach außen zu tragen.

Trotzdem hatte es innerhalb der „Republikaner“ eine ganze Reihe von Umgruppierungen gegeben. In einzelnen Landesverbänden wurden zum Beispiel die Schönhuber-Anhänger aus den Gremien abgewählt und die organisatorischen Voraussetzungen für die Entmachtung Franz Schönhubers auf dem Sindelfinger-Parteitag geschaffen. Franz Schönhuber selber wurde aus der Partei ausgeschlossen; gegen diesen Ausschluß ging Franz Schönhuber juristisch vor.

Der Bundesparteitag der „Republikaner“ hat zu einer ganzen Reihe von personellen und strukturellen Veränderungen innerhalb der Partei geführt. Rolf Schlierer wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Dies führte dazu, daß etliche Personen von ihren Parteiämtern zurück- und auch aus der Partei austraten.

Die „Republikaner“ haben wegen ihrer finanziellen Probleme ihre Parteizeitung eingestellt, die Bundesgeschäftsstelle in Bonn sowie mehrere Landesbüros aufgelöst.

Auch wenn die „Republikaner“ versucht haben, in der öffentlichen Debatte darzustellen, daß Rolf Schlierer, im Gegensatz zu Franz Schönhuber, einen gemäßigeren Kurs fährt und eine schärfere Abgrenzung gegen Rechtsextremisten vornimmt, bleibt festzustellen, daß es innerhalb der Partei keinesfalls zu einer Ausschlußwelle gegen Anhänger des Schönhuber-Flügels gekommen ist. Vielmehr muß festgestellt werden, daß die Politik des „Nichtangriffpakt“, wie er im Bundesvorstand vor den Bundestagswahlen beschlossen wurde, auch heute noch fortgesetzt wird. Für diese Politik des Zusammengehens zwischen dem angeblich

Die Antwort wurden namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 3. April 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

„gemäßigten“ und „rechtsextremen“ Flügel dürfte auch Rolf Schlierer mit seiner Person stehen.

Rolf Schlierer, der u. a. auch im rechtsextremen „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), der Studentenorganisation der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), organisiert war, mußte sich nach seiner Antrittsrede im baden-württembergischen Landtag von Innenminister Birzele nachsagen lassen, daß er eine Wortwahl pflege, wie sie „ganz typisch für die NSDAP“ gewesen sei (Nation und Europa, 2/95). Von Rolf Schlierer ist daher ein entschlossenes Vorgehen gegen den sogenannten Schönhuber-Flügel nicht zu erwarten.

In der Tat ist es aber auch so, daß Rolf Schlierer durch seine Aktivitäten beispielsweise in der Deutschen Burschenschaft, dem Studienzentrum Weikersheim und den Vertriebenenverbänden auch das politische Bündnis mit konservativen Kräften repräsentiert.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklungen innerhalb der „Republikaner“ nach dem Bundesparteitag vom 17./18. Dezember 1994 in Sindelfingen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es auch nach dem in der Frage erwähnten Bundesparteitag der „Republikaner“ (REP) tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind (vgl. §§ 3, 4 Abs. 1 lit c, Satz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG –).

2. Welche personellen Veränderungen hat es nach Kenntnis der Bundesregierung im Gefolge des Konflikts innerhalb der „Republikaner“ vor, während und nach dem Parteitag gegeben?

Seit dem Treffen des früheren Bundesvorsitzenden der REP, Schönhuber, im August 1994 mit dem Bundesvorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (DVU), Dr. Frey, verließen mehrere führende Funktionäre bis Ende 1995 wegen der durch das Treffen hervorgerufenen innerparteilichen Streitigkeiten die Partei.

3. In welchen Landesverbänden der „Republikaner“ sind die Parteigremien – im Gefolge des Konflikts – vor und nach dem Parteitag neu besetzt worden, und welcher Flügel konnte sich hier wie durchsetzen?

Nach dem Bundesparteitag sind in mehreren Landesverbänden die Parteigremien neu besetzt worden. Dabei dominieren in Bayern, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern die Anhänger des derzeitigen Bundesvorsitzenden Schlierer, während in Sachsen-Anhalt und Thüringen die Anhänger Schönhubers weiterhin in der Mehrheit sind.

4. Welche Veränderungen hat es in diesem Zusammenhang innerhalb der Jugendorganisation der „Republikaner“ gegeben?

Von der Jugendorganisation der REP, der „Republikanischen Jugend“ (RJ), sind vor und nach dem Bundesparteitag von Sindelfingen kaum Aktivitäten ausgegangen; Veränderungen sind daher noch nicht festzustellen.

5. Welche personellen Veränderungen hat es im Bundesvorstand der „Republikaner“ gegeben, wie bewertet die Bundesregierung diese Veränderungen, und ist hier ihrer Meinung nach der sogenannte Schönhuber-Flügel völlig ausgeschaltet worden?

Im Bundesvorstand dominieren gegenwärtig die Anhänger des amtierenden Bundesvorsitzenden Schlierer, Anhänger Schönhubers sind gleichfalls im Bundesvorstand vertreten.

6. Hat es im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen Parteiausschlüsse aus den „Republikanern“ wegen rechtsextremer Tendenzen gegeben?

Gegen den stellvertretenden Bundesschriftführer und gegen ein Mitglied des Bundespräsidiums wurden im Oktober 1994 Parteiordnungsmaßnahmen eingeleitet. Beide hatten den damaligen geschäftsführenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden als „Halbjuden“ bezeichnet. Durch Parteiaustritt kamen beide Spitzenfunktionäre einem Ausschluß zuvor.

7. Welche inhaltlichen Veränderungen in der Politik und Programmatik hat es bei den „Republikanern“ im Gefolge dieses Konfliktes gegeben?
8. Welche neuen politischen Schwerpunkte haben die „Republikaner“ seit ihrem Bundesparteitag vom 17./18. Dezember 1994?

Es wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen.

9. Wie und gegebenenfalls durch welche Mittel/Medien (Rundbriefe etc.) haben die „Republikaner“ die Einstellung ihrer Parteizeitung kompensiert?

Die Parteizeitung „DER REPUBLIKANER“ erscheint aus finanziellen Gründen zur Zeit lediglich in Form einer Notausgabe und soll künftig in zweimonatlichem Abstand (bisher: monatlich) herausgegeben werden.

Die Mitglieder der Partei werden darüber hinaus – wie auch bisher – durch Rundschreiben informiert.

10. Wie viele Mitglieder sind derzeit bei den „Republikanern“ organisiert, und welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft (falls möglich, bitte nach Geschlecht, Alter, Beruf etc. aufschlüsseln)?

Die REP verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit über knapp 20 000 Mitglieder. Eine Gesamtstatistik im Sinne der Fragestellung hat die Partei bislang nicht veröffentlicht.

Eventuelle nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse über die alters-, geschlechts- und berufsmäßige Zusammensetzung der

REP könnten nur der dafür zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) berichtet werden.

11. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Mitgliedschaft von Rolf Schlierer im NHB?

Nach einer Mitte Dezember 1994 verbreiteten Presseerklärung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) wird Schlierer als ehemaliger Aktivist des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) bezeichnet.

12. Welche Verbindungen unterhalten die „Republikaner“ zu welchen anderen nationalen und internationalen Parteien?

Gegenüber rechtsextremistischen Parteien grenzen sich die REP offiziell ab. Die von der Parteiführung verordnete Ablehnung einer Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen wird zum Teil von der Parteibasis, aber auch von führenden Funktionären, mißachtet.

Verbindungen der REP zu rechtsextremistischen Parteien im Ausland sind gegenwärtig nicht bekannt.

13. Welche Verbindungen unterhalten die „Republikaner“ speziell zu neurechten Denkfabriken, Zeitungen und Organisationen und welche Versuche werden bzw. wurden in den letzten Jahren unternommen, um hier eine Zusammenarbeit herzustellen?

Eine Beantwortung der Frage ist nicht möglich, da die Begriffe „neurechte Denkfabriken, Zeitungen und Organisationen“ aufgrund ihres allgemeinen Charakters nicht weiter verifizierbar sind.

14. Wie hat sich speziell das Verhältnis der „Republikaner“ zur neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ entwickelt?

Es liegen keine Erkenntnisse über eine Einflußnahme von einzelnen REP oder der Gesamtpartei auf die erwähnte Zeitschrift vor.

15. Welche Versuche der „Republikaner“ aus den letzten Jahren sind der Bundesregierung bekannt, gezielt in die Vertriebenenverbände und deren Publikationsorgane hineinzuwirken?

Keine.

16. Welche Versuche der „Republikaner“ sind der Bundesregierung bekannt, in konservative Theorieorgane und Denkfabriken hineinzuwirken?

Auf die Antwort zur Frage 13 wird Bezug genommen.

17. Wie viele Mitglieder haben die „Republikaner“ nach Kenntnis der Bundesregierung, die früher Mitglied bei der NPD, der DVU und anderen rechtsextremen Organisationen waren (bitte die Zahlen nach Parteien aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zur Frage 10 wird verwiesen.

18. Wie gestaltet sich der Parteaufbau der „Republikaner“ in den neuen Bundesländern, und wie gestaltet sich hier die Mitgliederentwicklung (falls möglich nach Jahren und Zusammensetzung aufschlüsseln)?

Der Aufbau der Parteiorganisation in den neuen Bundesländern verläuft sehr schleppend, die Zahl der Mitglieder ist rückläufig. Ende letzten Jahres verfügten die REP in den neuen Bundesländern insgesamt über weniger als 3 500 Mitglieder. 1993 hatte Schönhuber noch von 4 500 Mitgliedern gesprochen.

